

Memorandum 2021

Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise?

Mittwoch den, 12. Mai 2021

Rudolf Hickel

1

COVID-19- PANDEMIE im Überblick

URSACHEN: Keine Naturkatastrophe- Folge der Globalisierung
(Vordringen in zuvor abgeschottete Naturräume und Wildtierhandel)



Weltweit sich ausbreitende Pandemie



Gesellschaftlich-politische Aufgabe: Exponentiell wachsende Ansteckung bremsen („Flatten the Curve“)



Ziel: Beherrschbarkeit durch das medizinische System
(Vermeidung Triage-Entscheidungen)



Gegenwehr: Varianten des Lockdowns (hard /light/indirekt)



Absturz der Wirtschaft: Unterschiedliche Betroffenheit



Antikrisenpolitik: Staatliche Überbrückung (derzeitige finanzielle Verpflichtungen des Staats für 2020/2021: 1,5 Bio. €)



Finanzierung durch Staatsschulden: Gute Gründe



Wer bezahlt die Rechnung? Vermögensabgabe für Tilgungen

Ethik: individuelle Solidarität ↔ Solidarischer Individualismus

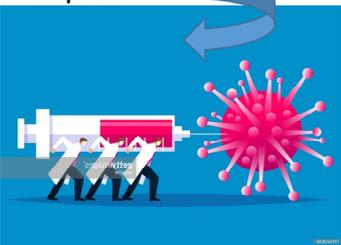
2



Corona stoppen mit
AHA:

Abstand + Hygiene+ Alltag
mit Maske

Impfen



Einige **Illustrationen zu Gesamtwirtschaft unter dem Regime der Pandemie**

Neueste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (24. 2. 2021)
2020 : Minus 4,9 % BIP (statt -5,1%)

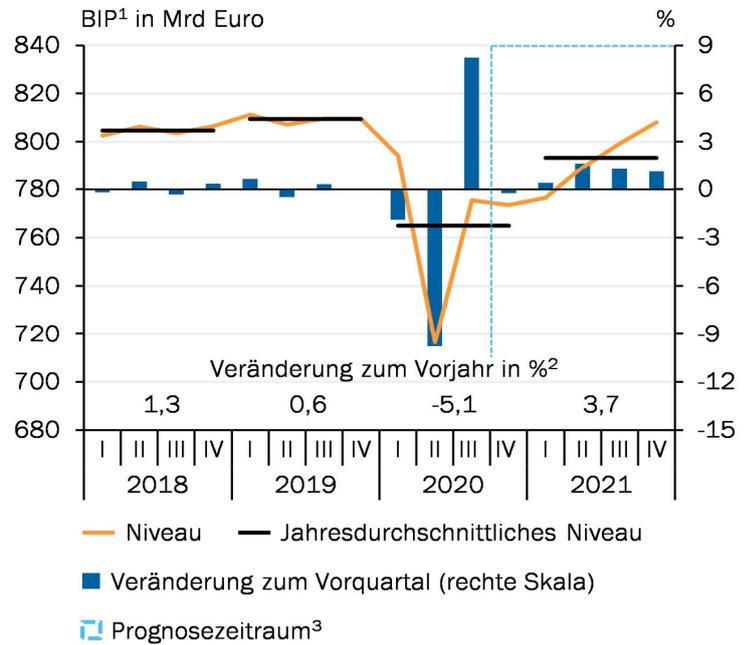
Quartalswerte 2020
 1. Vj. -1,8% / 2. Vj. -11,3% / 3. Vj. -3,9% / 4. Vj. -2,7%

Prognose zum 1. Quartal 2021 bis zu **Minus 3 %**

Faustregel: Jede Woche Lockdown kostet Deutschland etwa **1,5 Milliarden Euro** an entgangener Wirtschaftskraft (Ifo-Institut)

V-Verlauf der Gesamtwirtschaft? Voraussichtliche Entwicklung in Deutschland

Entwicklung des BIP

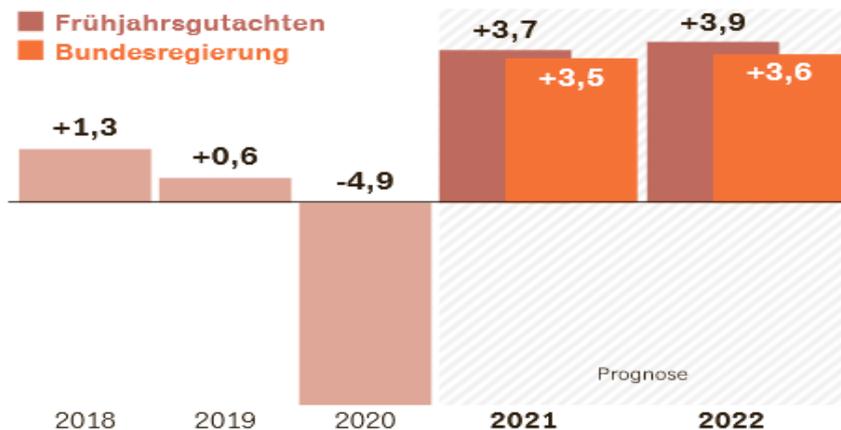


Nicht die letzte korrigierte Prognose aus der Politik und der Wirtschaftswissenschaft

Wirtschaftsprognosen

Bruttoinlandsprodukt Deutschland

Reales BIP, Veränderung zum Vorjahr in Prozent



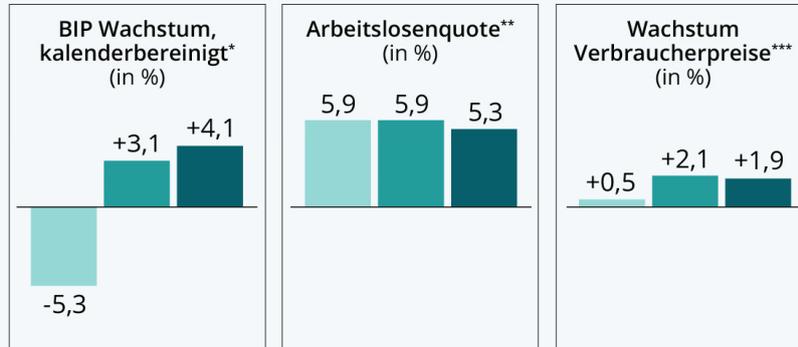
HANDELSBLATT-GRAFIK

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Bundesregierung

Wirtschaftsweise rechnen für 2021 mit 3,1% BIP-Wachstum

Prognose zur Entwicklung der Konjunktur in Deutschland (Stand: 17.03.2021)

2020 2021 2022



* preisbereinigt, Veränderung zum Vorjahr

** Registrierte Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen

*** Veränderung zum Vorjahr

Quelle: Sachverständigenrat

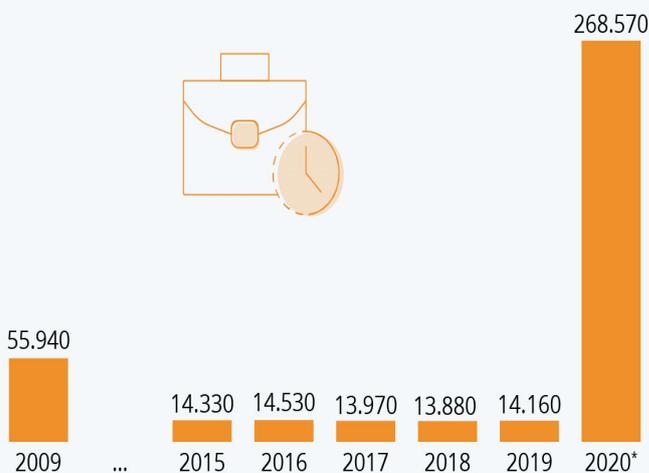


statista

5

Die Kurzarbeit-Nation

Anzahl der Betriebe mit Kurzarbeit in Deutschland im Jahresdurchschnitt bis zur Corona-Krise 2020



* von Januar bis April

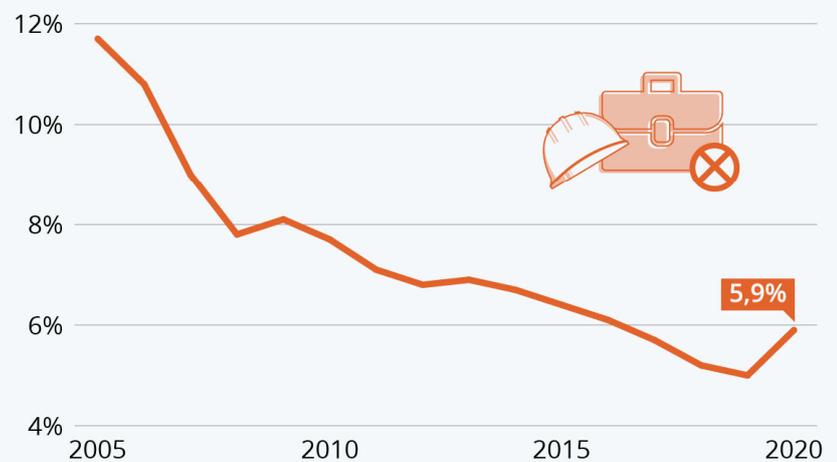
Quelle: Bundesagentur für Arbeit



statista

Pandemie treibt Arbeitslosigkeit in die Höhe

Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in Deutschland



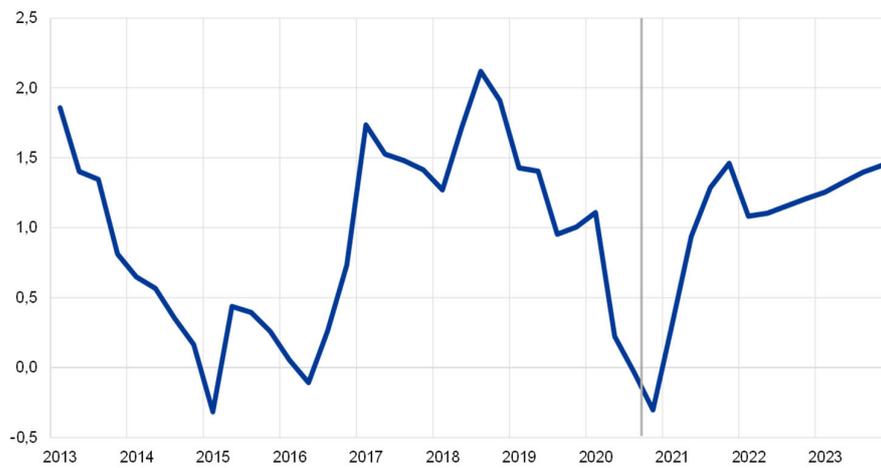
Quelle: Bundesagentur für Arbeit



statista

Droht nach einer längeren Phase der Deflation ein Anstieg der Inflationsrate in Richtung 3 Prozent?

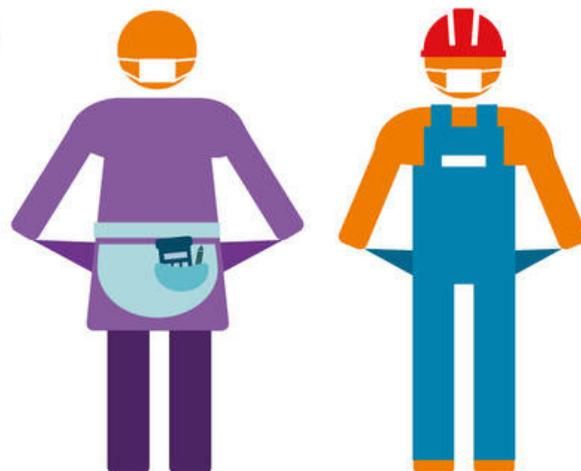
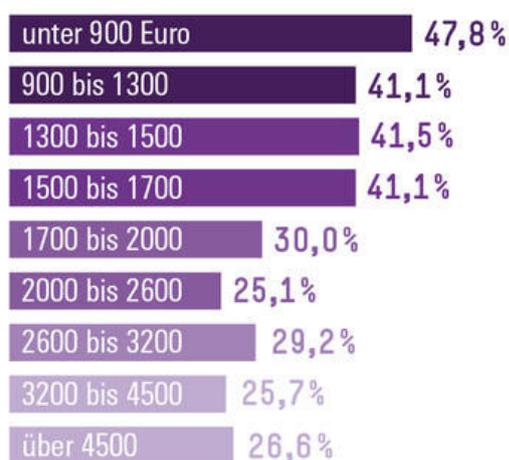
Euro-Inflationsrate von 2013 bis 2023 (Harmonisierter Verbraucherpreis-Index, in vH gegenüber Vorjahr)



7

Coronakrise: Geringverdiener besonders betroffen

Einkommen infolge der Corona-Pandemie eingebüßt hatten im Juni 2020 von den Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ...



Quelle: WSI 2020

Hans Böckler
Stiftung

8

Was kostet die Corona-Pandemie den Staat?

Wirkungskette: Corona-Pandemie → Infektionseindämmung („Flatten the Curve“) → unmittelbare medizinische Kosten → unterschiedliche Shutdown-Maßnahmen → Steuerausfälle → Rettungsmaßnahmen für Wirtschaft und Beschäftigung

Staatliche Kosten (abhängig von Intensität und den Wellen der Corona-Pandemie)

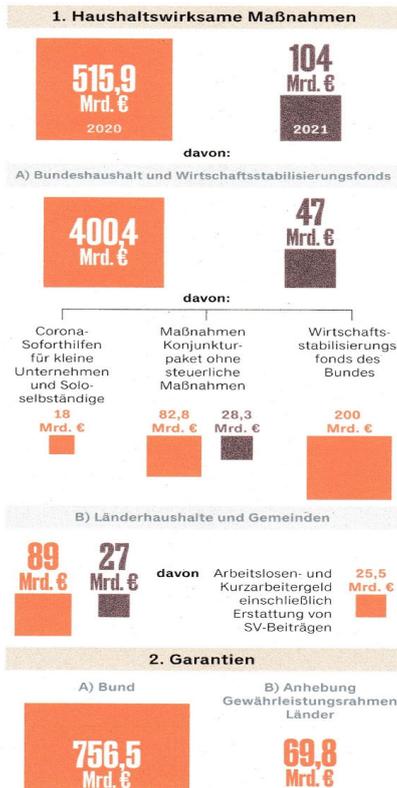
1. Unmittelbare **medizinische Kosten**: Krankenhäuser, Schutzmasken, Testmaßnahmen, Impfstoff, Impfung
2. Absturz der Gesamtwirtschaft durch Einschränkungen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen führen zu **Steuerausfällen** beim Bund, den Ländern und Kommunen und Sozialversicherungen
3. Nach dem Grundsatz Hilfe für schuldlos in die Krise geratenen Unternehmen durch **Überbrückungsmaßnahmen**
 - * Sonderregelung **Kurzarbeitergeld** (in der Spitze über 8 Mio. Betroffene)
 - * Zwischen **Bazooka** und **Wums**: 130 Mrd. € **Konjunkturpaket** (etwa Kinderbonus / temporäre Senkung des Mehrwertsteuersatzes, Stabilisierung der Sozialsysteme, aber auch ökologische Investitionen, siehe Grafik „Das Konjunkturpaket“)
 - * Nachbesserung am 3.2.2021 (u.a. Steuerhilfen Unternehmen, Kinderbonus, Hilfen für Kulturbranche, 7% MwSt. Gastronomie)
 - * **November-/Dezemberhilfen +Überbrückungsmaßnahmen I, II, III**
 - * **Unternehmer*innen-Lohn** für Inhaber*innen geführte Unternehmen
 - * **Soloselbständige** (neuerdings statt Fixkostenübernahme Zuschuss zu Betriebskosten)
 - * **Großunternehmen** (auch Garantien etwa an TUI / Lufthansa mit 9 Mrd. €)

Staatliche Regulierungen (indirekte Kosten): Verpflichtung zum Homeoffice, mobilitätsentzerrende Arbeitszeitmodelle, Hygiene-Konzepte



Hohere Kosten für Coronahilfen

Finanzielles Volumen der Corona-Maßnahmen in Deutschland in Mrd. Euro ■ 2020 ■ 2021



Gesamte fiskalischen Risiken des Staates durch die Corona-Krise: 1,5 Billionen €

- * **Haushaltswirksame Ausgaben** für medizinisches System / Maßnahmen Konjunkturpaket (vor allem Überbrückungshilfen / Wirtschaftsstabilisierungsfonds (auch Kapitalbeteiligungen etwa LUFTHANSA)
- * **Garantien** in Form von Bürgschaften / Schnellkredite/ Beteiligung des Bundes am EU- Wiederaufbauprogramm

Weniger fiskalische Belastungen: **Revidierte Rechnung für die Jahre 2020 / 2021 /2022:**

Insgesamt: 1,32 Bill. €

Direkte Kosten: 487 Mrd. € (Länder + Gemeinden:108 Mrd. €)

Indirekte Kosten: 833 Mrd. € (Länder 77 Mrd. €)

11

Wie wird die staatliche Corona-Rechnung derzeit finanziert? Ohne Finanzierungsvorbehalt: Staatsschulden

1. Schätzung zu den Gesamtlasten: über 1,5 Billionen Euro (Anpassung 2020/2021/2022: 1,32 Bio. €)

- * **Haushaltswirksame Ausgaben** für medizinisches System / Maßnahmen Konjunkturpaket (vor allem Überbrückungshilfen / Wirtschaftsstabilisierungsfonds (auch Kapitalbeteiligungen etwa LUFTHANSA)
- * **Garantien** in Form von Bürgschaften / Schnellkredite/ Beteiligung des Bundes am EU-Wiederaufbauprogramm

2. Belastungen der öffentlichen Haushalte

- * Notwendige Ausgaben ohne Finanzierungsvorbehalt über öffentliche Kreditaufnahme
- * Staatsschuldenstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt steigt auf über 70% (nach EU-Stabilisierungskriterien maximal 60%)

Schulden des Gesamtstaats 2020: + 273,1 Mrd. € (+ 14,4%) auf 2,171 Bill. € Ende 2020

Schulden Bund und Länder

- + Nettokreditaufnahme des **Bundes**:
2020: 130,5 Mrd. € / 2021: 214 Mrd. € / 2022: 81,5 Mrd.€ = 426 Mio. €
- + Nettokreditaufnahme der **Länder**: deutlich über 60 Mrd. €

12

In Deutschland: Corona-Rechnung und Streit um die Schuldenbremse

1. **Schuldenbremsen für Bund und Länder** gelten in Deutschland (maximal 0,35% strukturelle Neuverschuldung bezogen auf BIP beim Bund und 0 % bei den Ländern (EU-Fiskalpakt maximal 3%, Staatsschuldenstand maximal 60% bezogen auf BIP).

2. **Schuldenbremse** seit 2020 in Deutschland **ausgesetzt**: „im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ (Art. 115 GG)

Auch in der EU sind Fiskalregeln ausgesetzt.

3. Der **alte Streit** über die Schuldenbremse: Öffentliche Investitionen auch zugunsten künftiger Generationen sind nicht mehr über Kreditaufnahme zu finanzieren: **Doppelte Bremse** für die Infrastrukturinvestitionen und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Grundlegende Reform erforderlich!

4. **Logik der Schuldenbremse Rückkehr zu den Tilgungsregeln** in einem „angemessenen Zeitraum“ (nach Art. 115 GG) nicht sinnvoll.

Derzeitige Gesetzeslage ab 2023 nur 2 Mrd.€; dann aber 19 Mrd. € bis 2043

Wie mit den Corona bedingten Staatsschulden umgehen?

1. **Endogene Wachstumsdynamik**: Aus den Staatsschulden per Wachstumsboom herauswachsen (Olaf Scholz etwa Gesamtschuldenquote von 75 auf 60%): ökonomisch naiv / ökologisch katastrophal

2. **Schuldenabbau durch zügige Tilgung**

Beispiel: Bund setzt bis zum Ende der Pandemie 400 Mrd. € an Krediten ein und beginnt umgehend die Tilgung (nach dem Bundesfinanzminister spätestens ab 2023)

Bei einer Tilgungsdauer von 20 Jahren beträgt die jährliche Tilgungssumme 20 Mrd. €.

Wie soll dieser Betrag jährlich finanziert werden?

Kürzungen Staatsausgaben /Steuersenkungen für Unternehmen mit der Hoffnung auf induziertes Wachstum / Steuererhöhungen bei Massensteuern (Mehrwertsteuer, Lohnsteuer) oder höhere Unternehmenssteuern?

Neoliberale Austeritätspolitik: ökonomisch und ökologisch schädlich / sozial spaltend

3. **Schulden strecken: von 20 auf 40 Jahre Tilgung (+ Deutschlandfonds 450 Mrd. € mit Kreditaufnahme)**

4. **Dauerhafte Schulden (ohne Tilgung)**

* Schulden sind gesamtwirtschaftlich finanzierbar und intergenerativ sinnvoll

* In Richtung „Ewigkeitsanleihen“ (George Soros)

Ökonomische Argumente :

+ Zinsen bleiben in der Nullzone wegen des Übersparens

+ Inflationsgefahr nicht gegeben

+ Keine Verdrängung privatwirtschaftlicher Investitionen (Crowding out)

+ Run auf Staatsanleihen auch bei negativen Renditen; Staat verdient mit der Ausgabe von Anleihen

Europäische Zentralbank unterstützt Schuldenfinanzierung als dauerhaftes Finanzierungsinstrument

Die EZB entlastet die 19 Mitgliedsstaaten vom Schuldenanstieg durch eine Art indirekter Geldschöpfung (Kauf von Staatsanleihen von den Banken / Übernahme in die EZB-Bilanz)

Zum „Asset Purchase Programm“ (AAP) mit über 2,4 Bill. € hinzu:
Das zusätzliche **Pandemie-Notfallankaufprogramm ab März 2020:**

„ Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP“

Geldpolitische Sondermaßnahme gegen Risiken der Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet durch Corona-Krise

Das PEPP ist ein zeitlich befristetes Programm zum Ankauf von Wertpapieren des privaten und des öffentlichen Sektors

Das Volumen wurde im Dezember 2020 von ursprünglich 750 Milliarden € auf **1,85 Bio. €** erhöht.

Erstes Fazit zum PEPP:

Im Vergleich zu den infolge der Corona-Krise aufgenommen Staatsschulden im Eurosystem ist ein darüber hinausgehender Betrag zur Schaffung von Liquidität den Banken abgenommen worden!

15

Wie mit den Corona bedingten Staatsschulden umgehen?

5. Staatsschulden in der Modern Monetary Theory (eigens Kapital im Memo 2021)

(Stephanie Kelton / Elizabeth Warren / Alexandria Ocasio-Cortez / Dieter Ehents / Maurice Höfgen)

Staat verfügt über Währungsmonopol: Kann die Schulden schaffen, die er für seine Aufgaben benötigt

(Notenbank als Abteilung der Finanzpolitik)

+ Staatsverschuldung dient der Mobilisierung volkswirtschaftliche Ressourcen und sichert Arbeit:
Schuldenbremse abgeschafft, restriktive Finanzpolitik überwunden.

+ Nur Inflationsgefahr wird gesehen: Mit Steuererhöhungen Nachfrage abschöpfen

Problem: **Währungsmonopol** liegt nicht bei den Mitgliedsstaaten, sondern der EZB

Politisch komfortabel, denn bei der Staatsfinanzierung entfällt Verteilungsfrage:

Wer trägt die Steuerlast?

MMT muss noch diskutiert werden: Kein Allheilmittel

6. Abschaffung der Schuldenbremse: Rückkehr zur „goldenen Regel“

7. Vorschlag bei politisch erzwungener Rückkehr zur Tilgung: Einmalige Vermögensabgabe

* Einrichtung eines Corona-Solidarfonds für alle Gebietskörperschaften

* Das Modell der Vermögensabgabe:

6. Tilgung der Corona erzeugten Staatsschulden durch steuerpolitischer Maßnahmen mit gerechter Lastverteilung finanzieren: Beispiele in der Diskussion

- * Ein Corona-Soli mit Mehreinnahmen (Schätzung 6,5 Mrd. € pro Jahr)
- * Steuerschlupflöcher für Unternehmen schließen und die Grundsteuer erhöhen: pro Jahr geschätzte Mehreinnahmen insgesamt 34 Mrd. €
- * Erhöhung der Erbschaftsteuer mit geschätzten 6 Mrd. € Mehreinnahmen im Jahr
- * Einmalige Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz von 1952: 19 Mrd. € pro Jahr nach dem unten vorgestellten Modell
- * Einbettung in eine allgemeine, jährlich erhobene Vermögensteuer (34 Mrd. € Mehreinnahmen nach Schätzung von Stefan Bach)

Vorschlag: **Einmalige Vermögensabgabe**

17

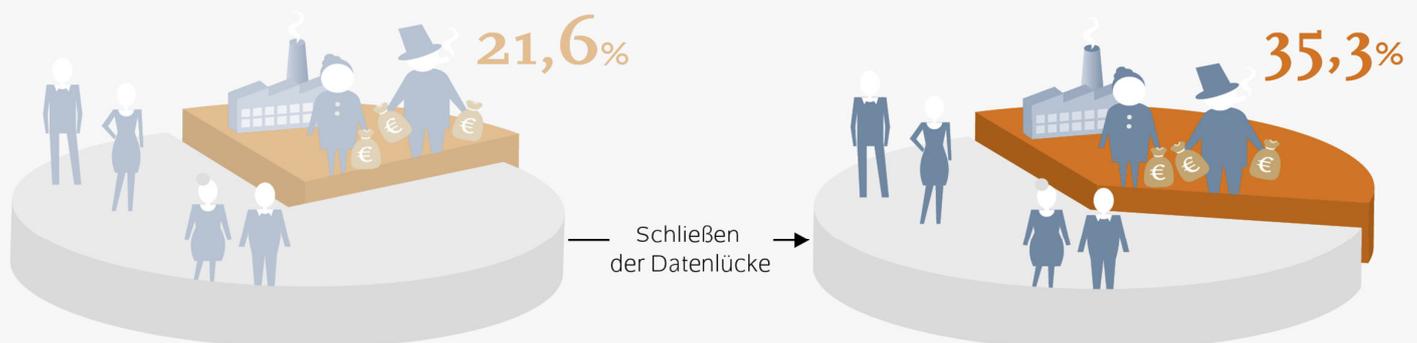
Vorschläge zu einer einmaligen Vermögensabgabe

Zielgruppe der Vermögensabgabe: **Das oberste Prozent der Vermögenden am gesamten Nettovermögen**

Die Vermögenskonzentration ist nach Schließung der Datenlücke im Bereich hoher Vermögen größer als zuvor
Anteil des obersten Prozents der Vermögensverteilung am gesamten Nettovermögen

Datenbasis: „klassisches“ SOEP
mit unzureichender Abdeckung sehr hoher Vermögen

Datenbasis: SOEP + neue Zusatzstichprobe im Bereich hoher Vermögen (SOEP-P) + Reichenliste des Manager Magazins



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (soep.v35), SOEP-P (vorläufige Gewichte und vorläufige Vermögensangaben für das Jahr 2019), Manager Magazin (Reichenliste 2017); eigene Berechnungen mit gewichteten Werten.

© DIW Berlin 2020

18

Einmalige Vermögensabgabe (Lastenausgleich) zur Finanzierung des Corona-Solidaritätsfonds (Bund / Länder / Gemeinden)

- * **Historischer Vergleich: Lastenausgleichsgesetz von 1952 zur gerechten Finanzierung der Kosten des Wiederaufbaus und der Integration der Flüchtlinge aus dem Osten Europas**
- * **Einmalig Vermögensabgabe, deren Aufbringung auf mehrere Jahre verteilt wird**
- * **Finanzierung einer einmaligen historischen Last nach Art. 106, Satz 5: „... die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben“**

**DIW-Studie zur einmaligen Vermögensabgabe
Ausgewähltes Modell einer Vermögensabgabe durch
die Linksfraktion im Deutschen Bundestag**

Quelle: Stefan Bach, S. (2020): Vermögensabgabe DIE LINKE: Aufkommen und Verteilungswirkungen – Forschungsprojekt im Auftrag der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der Rosaluxemburg-Stiftung)

Mögliche Ausgestaltung der Vermögensabgabe DIE LINKE (Option)

Persönlicher Freibetrag		2 Mio. EUR
Freibetrag für Betriebsvermögen und Beteiligungen an Kapitalgesellschaften		5 Mio. EUR
Eingangsabgabesatz	Satz	10 %
	ab abgabenpflichtiges Vermögen nach Freibeträgen von	1 EUR
Spitzen-Abgabesatz	Satz	30 %
	ab abgabenpflichtiges Vermögen nach Freibeträgen von	100 Mio. EUR
Tarifverlauf		Linear-progressiver Tarif
Tilgungsfrist		20 Jahre
Verzinsung bei Teilzahlung		Basiszinssatz (§ 247 BGB) zuzüglich von 2 Prozentpunkten und einem Mindestsatz von 2 %
Aufkommen laut Studie	insgesamt	310 Mrd. EUR
	pro Jahr	19 Mrd. EUR
Belastung der reichsten ... % der erwachsenen Bevölkerung		0,7 %

• **Idee des Lastenausgleichs**

Lastenausgleichsgesetz von 1952:
Sonderlasten durch Krieg und Flucht:

Einmalige Vermögensabgabe:
* 50 %
* gestreckt auf 30 Jahre (1,67% bei maximal 120 Raten, pro Jahr in 4 Raten)

Gefordert:
* Andreas Bovenschulte
Bürgermeister HB
* Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
* Studie DIW: Basis
Vorschlag: DIE LINKE

Basis: Art. 106 GG :
„einmalige Vermögensabgabe ... zur Durchführung des Lastenausgleichs“

Lehren aus der jüngsten Pandemie (welche die letzte nicht sein wird)

1. Globalisierung 1:

Ursachen der Pandemien durch schrumpfende Lebensräume für Wildtiere verhindern (ökonomische Inlandnahme und damit Zoonosen-Risiken bremsen)

Klimakrise und Verlust der Biodiversität greifen ineinander: **EU- Biodiversität-Strategie** forcieren!

2. Globalisierung 2:

Abhängigkeiten durch lebensnotwendige Medikamente und Wirkstoffe, die nur in wenigen Ländern produziert werden; dadurch Lieferengpässe (Beispiele: Antibiotika-Produktion in Indien / China sowie Engpässe in der EU bei Medikamenten der Intensivmedizin)

Nationale Liefersicherheit durch Produktionsstandorte und Vorratspolitik (auch bei Preisnachteilen):
Gemeinschaftsaufgabe der EU / Unternehmen ordnen Lieferketten neu

Generell: Stärkung der lokalen Güter- und Dienstleistungsproduktion und Neuordnung weltweit resilienter Lieferketten

3. Gesundheitssystem muss als öffentliche Infrastruktur staatlich gesichert werden:

Dominanz des **öffentlichen Gutes** gegenüber gewinnwirtschaftlichem System

Statt Bettenabbau öffentliche Krankenversorgung in der Provinz, Verhindern sozialer Exklusion

Virulenter Konflikt beim Impfstoff: Pharmaunternehmen, Patente, staatliche Förderung!

Freigabe von Patenten wird gefordert (Sven Giegold).

21

Der virulente Konflikt

➡ Impfung ein öffentlich zu garantierendes (meritorisches) Gut

➡ Impfstoff: Produkt der Pharmaindustrie (mit staatlichen Forschungsgeldern)



22

4. Führungsrolle des Staates für Wirtschaft und Gesellschaft stärken: Vermachtete Märkte in Ordnungsrahmen einbinden. Dazu ist ein handlungsfähiger, finanzierbarer, demokratischer Staat erforderlich.
Stärkere Einbindung der Parlamente in grundsätzliche Entscheidungen.

5. Spezialaufgaben: Gute Arbeit stärken / Armut bekämpfen

- * Anpassung des Arbeits- und insbesondere des Tarifrechts unter den Bedingungen digitalisierter Arbeit (Homeoffice, neue Arbeitszeitmodelle)
- * Maßnahmen gegen die Verschärfung der sozialen Spaltung durch die Corona-Krise (Armutsbekämpfung auch durch ausreichende Grundsicherung und Mindestlöhne sowie Kinderbonus-/Kindergeld)

6. Ein Re-Start durch die Rückkehr zu Vor-Corona-Zeit vermeiden:

Die ökologische soziale Transformation vorantreiben

Beispiel: Reduzierung der Mobilität etwa durch (Verzicht auf Inlandsflüge); Pendlerverkehre nachhaltig
Weltweit ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (gegen Pandemieausbrüche)

7. Revitalisierung der solidarischen Gesellschaft: Ausstieg aus dem Neoliberalismus - zurück zur Verantwortungsethik

Gegen den rücksichtslosen **Ego-Zentrismus**: Die Basis für Staat und Gesellschaft ist die Verantwortung der Menschen für eine soziale und ökologische Zukunft im Klima eines solidarisch-emanzipatorischen Individualismus nach dem Motto: „Was den anderen schützt und damit nützt, nützt auch mir.“